

akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

08|2019



Stillstand oder Bewegung nach vorn

*In Weiterführung unserer Bericht-
erstattung zur Problematik der Re-
alisierung der Menschenrechte in
Deutschland bringen wir einen Bei-
trag von Dr. Jürgen Zenker aus dem
Arbeitskreis „Menschenrechte“*

Seit geraumer Zeit wird darüber
gestritten, ob es für Deutschland
geboten ist, das Fakultativproto-
koll zum Internationalen Pakt über
wirtschaftliche, soziale und kul-
turelle Rechte zu ratifizieren.

Auf nationaler Ebene haben sich
Organisationen der Zivilgesell-
schaft längst dafür eingesetzt.
Auch international wächst die Zahl
der Staaten, die Deutschland zur
Ratifikation auffordern. Im Herbst
2018 haben sich zwei UN-Men-
schenrechtsgremien mit der bis-
herigen Nichtratifikation des Fakul-
tativprotokolls durch Deutschland
befasst. Der Menschenrechtsrat
hat mit der Annahme der Entschel-
dung 39/104 vom 20. Septem-
ber 2018 das UPR-Verfahren zu
Deutschland (3. Zyklus) beendet
und ist damit 259 Empfehlungen
gefolgt, die im Bericht der UPR-Ar-
beitsgruppe enthalten sind, darun-
ter die Empfehlungen 155.4–6, die
Deutschland auffordern, sich dem
Fakultativprotokoll anzuschließen.
Auch der UN-Ausschuss für wirt-
schaftliche, soziale und kulturelle
Rechte hat sich im endgültigen
Text seiner abschließenden Be-
merkungen vom 27. November
2018 positioniert. Punkt 4 lautet:
„Der Ausschuss begrüßt die Erklä-

rung der Dele-
gation des Vertrags-
staates, dass die
Regierung plant, das
Fakultativprotokoll zum
Internationalen Pakt über
wirtschaftliche, soziale und
kulturelle Rechte zu ratifizieren
und ermuntert den Vertragsstaat,
die Ratifikation zu beschleunigen.“
Dieser Text belegt, dass den
18 Mitgliedern des UN-Ausschus-
ses erfolgreich erläutert worden
ist, dass in Deutschland nur noch
der Punkt auf dem i fehlt, um die
Ratifikation endlich zu vollziehen.
Es war gesagt worden, dass die
Ratifikation im Koalitionsvertrag
steht und der Ratifikationsprozess
im Gange sei. Wie sich nun zeigt,
wurde auf internationaler Ebene
so getan als sei alles in trockenen
Tüchern, obwohl es in Deutschland
selbst fortbestehenden Wider-
stand gegen die Ratifikation gibt.
Bei der Diskussion eines Antrages
der Partei DIE LINKE mit dem Titel
„Soziale Ungleichheit überwin-
den – Soziale Menschenrechte
garantieren“ (Bundestagsdruck-
sache 19/4561 vom 26.09.2018)
im federführenden Ausschuss für
Menschenrechte und humanitäre
Hilfe am 15. Mai 2019 räumte die
Fraktion der CDU/CSU ein, dass
es „einen Dissens zwischen dem
Bundesinnenministerium und
dem Bundesministerium für Ar-
beit und Soziales“ gebe, „was den
Fortgang der Ratifikation angehe“.
Ein Argument dabei sei das Streik-
verbot für Beamte. Vieles deutet
darauf hin, dass ein solches Argu-
ment vorgeschoben ist.

Von der grünen Fraktion wurde zu
Recht betont: „Dass das Streik-
recht für Beamte das entschei-
dende Hindernis sein solle, kön-

ne man sich kaum vorstellen.“
Zugleich wurde auf Möglichkeiten
verwiesen, zu einer Lösung zu
kommen. Das kann nur unterstrich-
en werden. Es ist für Deutsch-
land bereits peinlich genug, bisher
das Fakultativprotokoll nicht ratifi-
ziert zu haben.

Nunmehr wird die Peinlichkeit noch
gesteigert, indem auf der interna-
tionalen Bühne Erfolg in Aussicht
gestellt wird, während im nationa-
len Rahmen weiter geblockt wird.
Es ist höchste Zeit, endlich zu einer
wirklichen Lösung zu kommen. Je-
der Tag ist dabei von Bedeutung.
Es geht auch um das internationale
Ansehen Deutschlands.

In Anbetracht der geschilderten
Sachlage ergeben sich zwei Kon-
sequenzen:

Erstens sind verlässliche Informa-
tionen darüber geboten, wann,
wie von der grünen Bundestags-
fraktion in Aussicht gestellt, der
Ratifikationsprozess erfolgreich
abgeschlossen sein wird.

Zweitens sollten, unabhängig da-
von, ob bis zur tatsächlichen Rati-
fizierung des Fakultativprotokolls
weitere Zeit vergeht oder nicht,
Vorbereitungen für Mitteilungen
nach Artikel 2 durch Einzelperson-
en oder Personengruppen aus
unserem Lande getroffen werden,
„die behaupten, Opfer einer Ver-
letzung eines der im Pakt nieder-
gelegten wirtschaftlichen, sozia-
len und kulturellen Rechte durch
diesen Vertragsstaat zu sein.“

Dabei ist zu beachten, dass der mit
Mitteilungen befasste Ausschuss,
nämlich der Ausschuss für wirt-
schaftliche, soziale und kulturelle
Rechte (vgl. die diesbezügliche
Aussage in der Präambel des Fakul-
tativprotokolls) solche Mitteilungen
nur dann prüft, „wenn er sich verge-

wissert hat, dass alle zur Verfügung
stehenden innerstaatlichen Rechts-
behelfe erschöpft worden sind“
(Artikel 3), also die Ausschöpfung
des nationalen Rechtswegs ist eine
Voraussetzung.

Was den Ausschuss für wirtschaft-
liche, soziale und kulturelle Re-
chte betrifft, so hat er sich wiederholt
mit Verletzungen der Rechte des
Sozialpakts in Deutschland be-
fasst und in seinen abschließen-
den Bemerkungen dazu Aussagen
getroffen.

Beispielhaft kann die Ziffer 22 der
abschließenden Bemerkungen des
Ausschusses für wirtschaftliche, so-



Antikriegstag Weltfriedenstag 2019

**80 Jahre nach Beginn des
Zweiten Weltkrieges kann
es nur heißen: Kriege und
Kriegstreiberei beenden!
Abrüsten statt aufrüsten!**

Kundgebung

1. September 2019,
13–17 Uhr, Pariser Platz

ziale und kulturelle Rechte genannt werden (UN-Dokument E/C.12/DEU/CO/5 vom 12. Juli 2011). Der Text lautet: „Der Ausschuss ist besorgt über die Diskriminierung bei der Inanspruchnahme der Rechte auf soziale Sicherheit zwischen östlichen und westlichen Bundesländern, die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2010 über die Versorgungsansprüche ehemaliger Minister und stellvertretender Minister der DDR zum Ausdruck kommt.“

Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, umgehende und wirksame Maßnahmen zu treffen, um jede weitere Diskriminierung in der Höhe von Leistungen der sozialen Sicherheit zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu verhindern, und Fälle, in denen eine solche Diskriminierung besteht, zu lösen.“

Dazu muss allerdings festgestellt werden, dass weder die Bundesregierung noch das Bundesverfassungsgericht bereit waren, Konsequenzen aus der zitierten Aussage in Ziffer 22 zu ziehen. Zugleich ist noch einmal zu unterstreichen,

dass der UN-Ausschuss neben Neuregelungen für DDR-Minister und ihre Stellvertreter ausdrücklich auch auf Fälle hingewiesen hat, in denen rentenrechtliche Diskriminierungen vorliegen und wo Lösungen geboten sind.

Verfassungsbeschwerden zu § 6 des AAÜG von Personen, die der Kategorie bestimmter Funktionen zugeordnet waren, wurden vom Bundesverfassungsgericht am 9. November 2017 nicht zur Entscheidung angenommen. Weitere Verfassungsbeschwerden zu den § 6 und 7, die im Einklang mit Ziffer 22 unterbreitet wurden, wurden gleichermaßen nicht angenommen. In einer gemeinsamen Erklärung von 6 ostdeutschen Vereinen und Verbänden vom 24. Januar 2018 wurde betont, dass die Nichtannahme ein „Beleg für die weitere Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland“ ist, und es geboten ist, „von Rachsucht und Hass geprägte Entscheidungen zu korrigieren“.

Damit ist zugleich deutlich geworden, dass eine Voraussetzung für die Annahme und Erörterung

möglicher Mitteilungen, die an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gerichtet werden, erfüllt ist, die Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs. Wenn das Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden nicht annimmt, die Behandlung verweigert, dann ist der nationale Rechtsweg ausgeschöpft.

Was die Erfolgchancen unserer möglichen Mitteilungen betrifft, die durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu prüfen und zu entscheiden sind, so ist von Bedeutung, dass dieses UN-Gremium selbst die zitierte Ziffer 22 formuliert hat. Im übrigen gilt der Grundsatz, dass bisher nicht erfüllte Forderungen aktuell bleiben (vgl. Ziffer 6 der abschließenden Bemerkungen vom 12. Juli 2011 – UN-Dokument E/C12/DEU/CO/5). Es ist Praxis, dass der genannte Ausschuss eine rechtliche Würdigung der übersandten Mitteilungen vornimmt und dabei Rechtsempfehlungen ausspricht. Dafür wird der englische Begriff „Views“ verwendet.

Aus den Ortsverbänden

Erfurt

Der OV Erfurt der GBM bittet uns, auf eine Veranstaltung des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald aus Anlass des 75. Jahrestages der Ermordung von Ernst Thälmann, hinzuweisen.

Sie findet am Sonntag, dem **18. August 2019**, um 14.30 Uhr, im Hof des Krematoriums des ehemaligen KZ Buchenwald statt.

Grußworte sprechen Ulla Jelpke, MdB, Fraktion DIE LINKE und Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR, der internationalen Dachorganisation von Widerstandsorganisationen gegen den Faschismus.

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats **August 2019**.



zum 99. Geburtstag

Annemarie Radünz, Berlin

zum 97. Geburtstag

Günter Fischer, Rüdersdorf

zum 96. Geburtstag

Walter Lehmann, Dresden
Werner Mahnke, Neustrelitz

zum 95. Geburtstag

Dr. Erich Fügner, Brandenburg
Herbert Ganschow, Berlin
Karin Petzsch, Halle
Günter Scholz, Berlin

zum 93. Geburtstag

Ewald Warning, Perleberg

zum 92. Geburtstag

Dr. Ingrid Beyer, Berlin
Erika Borchmann, Schwerin
Heinz Bormeister, Brandenburg
Eva-Maria Friedrich, Meißen

zum 91. Geburtstag

Elfriede Danneberg, Berlin
Adolf Ferber, Frankfurt/Oder
Gisela Gold, Cottbus
Helga Stäbert, Berlin
Dr. Stefan Weber, Berlin

zum 90. Geburtstag

Günther Brehmer, Gera
Renate Harm, Schmalkalden
Ingeborg Hill, Berlin
Heinz Kochs, Rostock
Dr. Herta König, Grünheide
Sonja Moldt, Berlin
Horst Müller, Berlin
Erna Ramlow, Potsdam
Edith Stritzke, Görlitz
Heinz Wimmer, Dresden

zum 89. Geburtstag

Wolfgang Bayerlacher, Berlin
Christa Fencik, Görlitz
Joachim Hantzsich, Dresden
Lothar Heine, Berlin
Herta Hoppe, Gera

Dr. Siegfried Ittershagen, Berlin
Herta Jähnigen, Berlin
Gerhard Thierfeld, Berlin
Horst Zaeske, Berlin

zum 88. Geburtstag

Ruth Bindig, Berlin
Maria Haack, Schwerin
Richard Hirche, Dresden
Dorothea Kämpfer, Sonneberg
Edeltraud Scheller, Schiepzig
Gerhard Vogler, Wolfen Bitterfeld
Hella Wunderlich, Berlin

zum 87. Geburtstag

Dr. Ilse Buggel, Berlin
Kurt Löffler, Wandlitz
Horst Müller, Leipzig
Edith Schnabel, Berlin
Dr. Ilse Spahn-Pfeifer, Wilhelmshorst
Helmut Steger, Brahmenau
Liane Vogelsang, Berlin

zum 86. Geburtstag

Ursula Janda, Berlin

Eberhard Langen, Oranienburg
Christa Lichtenberg, Berlin
Heinrich Saal, Neuhäusel
Hannes Stark, Berlin
Sonja Takats, Berlin
Hans-Joachim Zober, Cottbus

zum 85. Geburtstag

Horst Dannat, Berlin
Dr. Evelyn Fenske, Berlin
Elli Lange, Magdeburg
Gerlinde Lesch, Ahrensfelde
Inge Molsig, Neubrandenburg
Siegfried Philipp, Neubrandenburg
Hans Roch, Eberswalde
Helmut Semmelmann, Berlin

zum 80. Geburtstag

Hanne List-Weidler, Nürnberg
Manfred May, Saalfeld

zum 70. Geburtstag

Wiktor Mielke, Frankfurt/Oder



Jenny Wiegmann-Mucchi

* 1. Dezember 1895 – † 2. Juli 1969

Jenny und ihre ältere Schwester stammen aus einer Spandauer Bäckerfamilie. Ab 1914 besuchte Jenny eine private Schule für Malerei und Plastik, wo Hans Baluschek, Ludwig Meidner, Max Kruse, Lovis Corinth und der Südtiroler Holzschnitzer Hans Perathoner lehrten. Hier begegnete sie ihrem ersten Mann, Berthold Müller-Oerlinghausen, mit dem sie 1922 zum katholischen Glauben wechselten: sie wollten den erstarrten Formenkanon der christlichen Kunst überwinden helfen. Da schon ihr erster Auftrag, die Innenausstattung einer neuen St.-Antonius-Kapelle im Bistum Paderborn, als eigenständiger Höhepunkt im Werk der beiden Künstler galt, bekamen sie immer wieder kirchliche Aufträge. Daneben schuf Jenny feinsinnige Porträts, Reliefs, Tierplastiken und Mädchengestalten.

1927 traf sich das Paar mit dem Maler Gabriele Mucchi in Verona. Da Mucchi sich für die Malerei in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik interessierte, führte ihn Jenny in ihre Familie in Spandau ein. Nach inneren Konflikten beiderseits heirateten sie 1933 und ließen sich in Mailand nieder. Der aufkommende Faschismus in Europa schärfte ihr politisches Bewußtsein; sie befassten sich mit marxistischer Literatur. Künstler hatten in Italien freie Ausstellungsmöglichkeiten, auch wenn sie dem Faschismus kritisch gegenüber standen. Das änderte sich mit dem Abessinienkrieg, mit der Annäherung an Deutschland auf dem Weg zur Achse Berlin-Rom und dem Beginn der faschistischen Rassenpolitik auch in Italien, die Juden aus allen kulturellen Bereichen ausschloß. Jenny war inzwischen bekannt, erhielt öffentliche Aufträge, gewann Preise und bekam Einzelausstellungen. Bei einem Bombenangriff der Alliierten auf Mailand wurde ein großer Teil ihres Werkes vernichtet. Nach dem Waffenstillstand wurden 600.000 italienische Militärangehörige zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Gabriele Mucchi, der eine Flakbatterie befehligte hatte, mußte sich eineinhalb Jahre lang verstecken. Die Grafiker Albe und Lica Steiner, die für die illegale Kommunistische Partei arbeiteten, boten Gabriele und Jenny Quartier im Haus von Licas Eltern nördlich

des Lago Maggiore. Dort erlebte Jenny, wie Licas Vater und zwei Verwandte, weil sie Juden waren, von der SS verhaftet wurden. Nach dem Krieg erfuhr sie, daß sie zu den Opfern eines Massakers der SS in Meina gehörten. 1967 sagten Lica und Jenny in einem Prozeß gegen die Täter in Osnabrück als Zeugen aus. Die Täter wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, kamen aber bald wieder frei.



Das Verbrechen von Meina berührte Jenny so tief, daß sie sich der Brigade Garibaldi anschloß, der Partisanenabteilung der KPI. Ihre Kunstauffassung und ihre Motive änderten sich. Vor allem das Partisanenmotiv begleitete sie lange auch nach der Befreiung; »Gefolterter Partisan«, »Gehenkter Partisan« - dafür bekam sie den ersten Preis bei der Ausstellung zur Kunst im Widerstand 1953. Beide Ehepartner traten der KPI bei. Bei der Wahl ihrer Motive regten sie sich gegenseitig an und blieben bei ihrer realistischen Darstellungsweise, die auch politisch und künstlerisch unerfahrenen Menschen verständlich ist. Gabriele schilderte die Straßenkämpfe der Arbeiter und die oft blutig verlaufenden Aufstände der landlosen Bauern, stellte die Not in Obdachlosenasylen dar, ging zu den Reisarbeiterinnen. Jenny schuf ein großes Relief »Arbeit und Frieden«, Porträts und Figuren von Fischern, Arbeitern, Emigrantinnen. Ihre Plastik »Die Erde« (»Terra II), ein sitzender Frauenakt, die vor den Geschäftsräumen der GBM in Berlin stand, ist als Erde gemeint, die von den braccianti (Knechten)



bewirtschaftet wird und ihnen deshalb zusteht, ein Gleichnis für Frieden und Menschlichkeit.

1951 nahmen Jenny und Gabriele an den Weltfestspielen in Berlin teil. Hier lernten sie Künstler der jungen DDR kennen: die Bildhauer René Graetz, Gustav Seitz, Fritz Cremer und Waldemar Grzimek, den Maler Heinrich Ehmsen und den Grafiker Herbert Sandberg. Die Folge war ein Lehrangebot für Gabriele an der Kunsthochschule Weißensee, an der er, statt der geplanten drei, sechs Jahre lehrte, nach 1961 war er noch zwei Jahre Professor an der Universität Greifswald. Auch Jenny hatte nun ihren Lebensmittelpunkt in Berlin und fand dank der Freundschaft mit den Künstlerkollegen eine wirkliche Arbeitsatmosphäre vor. Sie schuf Tierfiguren, Akte und Porträts von Menschen aus ihrem Umkreis: Heinrich Ehmsen, Arnold Zweig oder Paul Dessau. In den fünfziger und sechziger Jahren fühlte sie sich von den kolonialen Unabhängigkeitsbewe-

gungen stark angesprochen, auch der Algerien- und der Vietnamkrieg forderten sie heraus. Eine ihrer berührendsten Skulpturen ist die Gestalt des Patrice Lumumba, den sie als Gefesselten, zum Erschießen verfrachteten Mann zeigt. Die Figur steht jetzt auf dem Garnisonskirchplatz in Berlin. Den Kunstkritiker Lothar Lang fesselte Jennys intime Plastik, die mediterran anmutet, die tiefe Erlebnissubstanz, die künstlerische Disziplin und die freundliche Menschlichkeit. Jenny beteiligte sich an Kunstausstellungen der DDR in Dresden, ihre Werke wurden von Museen angekauft. Sie starb an einer spät erkannten Krebserkrankung. Ihre Asche liegt neben der ihres im Alter von 102 Jahren verstorbenen Mannes auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

Martina Dost

9 Mitglieder

9 Mitglieder überwiesen im Juli 2019 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX

Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1 Zeile):
Spende

Verwendungszweck (2 Zeile):
St.-Nr. 27/666/53250

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.
 Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
 Tel.: 030 2978-4688
 Fax: 030 2978-4689
 E-Mail: gbmev@t-online.de
 Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEBE XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
 Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

26. Juli 2019

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe

30. August 2019

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
 Druck und Kommunikation
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Tel. 030 2978-2900

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.


Leserbriefe

Martina Dost

Im „RotFuchs“, der „Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke“ beschäftigte sich Jobst Heinrich Müller in der Ausgabe Juli/August 2019 mit den Schülerprotesten.

Martina Dost, Görlsdorf/Seelow, hat uns gebeten, ihre persönliche Sicht darauf, unseren Lesern zur Kenntnis zu geben.

Ich stehe voll auf der Seite der Schüler und Studenten, die sich für den konsequenten Schutz der Umwelt und einen anderen Umgang mit unser aller Ressourcen einsetzen. Endlich kümmert sich die „Generation Handy“ um gesellschaftliche Probleme! Eine der Forderungen „Systemwechsel, nicht Klimawandel“, die vom (sicher sehr kleinen) bewussteren Teil der Jugend stammt, würde ich umwandeln in „Klimawandel durch Systemwechsel“. Denn der Autor hat recht, wenn er sinngemäß schreibt, dass ein erwachendes Interesse für die Gestaltung der eigenen Zukunft die Grundvoraussetzung für kapitalismuskritisches Bewusstsein ist. Die Jugend sieht den Antagonismus zwischen Klimaschutz und Politik – aber sie versteht die Ursache nicht – den Kapitalismus/Imperialismus als System, weil sie nicht weiß, wie Kapitalismus funktioniert. Wie sollte sie auch. Das wäre die Gelegenheit und längst überfällige Aufgabe einer linken Partei, ein niveauvolles Bildungsangebot auf marxistischer Grundlage zu erarbeiten, eine Art Parteilehrjahr, ohne Phrasen, verständlich und anregend, wichtige Werke der Klassiker im Original zu lesen. DIE

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

LINKE samt Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihren vielen gut ausgebildeten Gesellschaftswissenschaftlern wird es nicht tun, sie hat den Marxismus entsorgt. Könnte die DKP diese Arbeit leisten, trotz ihrer wenigen Kräfte, vielleicht mit der Marx-Engels-Stiftung zusammen? Es wäre ein Anfang. Man muss nicht alles neu erfinden, sondern kann entsprechende Bildungsangebote aus der DDR aufgreifen.

Ernst Jäger

Ernst Jäger aus dem OV Barnim, informiert uns über seine Position zur Nominierung von Ursula von der Leyen als Vorsitzende der Europäischen Kommission

In der Tat, Ursula von der Leyen verspricht viel, vor allem mehr internationale Verantwortungsübernahme durch Deutschland. Natürlich ist Deutschland der größte Geldgeber und mit Geld lässt sich alles regeln, auch ein Spitzenkandidatenprinzip auszuhebeln, nach konservativer Machart. Wenn von der Leyen feststellt „unsere drängendste Aufgabe ist es, unseren Planeten gesund zu erhalten“ und beschwor Einheit und Zusammen-

halt, damit Europa sich in der Welt behaupten kann, dann wird deutsche Dominanz eingefordert. Eine deutsche Regierung die sich weiterhin an Auslandseinsätzen beteiligt, die Waffenproduktion ankurbelt, sich stark macht für eine Militärmacht der EU, eine EU der Konzerne wo das Erstarken der Nationalisten, ein Rechtsruck nicht zu verhindern sein wird. Eine friedfertige Zukunft sieht anders aus und die neue Chefin der EU-Kommission ist nicht zur Friedenstaube mutiert. Die Menschen sehnen sich nach Frieden und ein Leben in Würde. Das zwingt uns, alles dafür zu tun die Welt von Krieg zu befreien und Verantwortung für soziale Aufgaben und einen konsequenten ökologischen Umbau zu übernehmen.

EINLADUNG



Finissage der Ausstellung Zeitzeichen

in der Ladengalerie der »jungen Welt«, Torstraße 6,
 10119 Berlin, am Freitag, den 30. August 2019, um 19 Uhr

Mitwirkende: Frank Viehweg, Gesang; Dr. Peter Michel,
 liest Texte aus seinem Buch „Künstler in der Zeitenwende“;
 Martina Dost, Moderation

Eintritt frei, Spenden erbeten

Wolfram Schubert . in memoriam . 1999 . Öl auf Hartpappe

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Rudolf Fleck
 Wurzen

Werner Heilemann
 Berlin

Joachim Prüger
 Coswig

Siegfried Scheunemann
 Saaldorf

Erna Zschorn
 Berlin

**Wir werden
 ihr Andenken in
 Ehren halten.**